



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 03/19 • 17.01.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

der Euro feiert seinen 20. Geburtstag. Am 1. Januar 1999 wurde der Euro als Buchgeld eingeführt und drei Jahre später, 2002, als Bargeld.

Zu seinem 20-jährigen Jubiläum fand am 15. Januar eine feierliche Sitzung des Parlaments statt. EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani betonte, dass der Euro den Binnenmarkt transparenter und wettbewerbsfähiger gemacht habe. Er erleichtere Transaktionen, den Handel und den Tourismus. Auch der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der ehemalige Präsident der EZB, Jean-Claude Trichet, der Eurogruppenchef Mário Centeno und der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, Roberto Gualtieri, sprachen auf der Veranstaltung in Straßburg (siehe S. 6).

Derzeit ist der Euro in 19 der 28 EU-Mitgliedstaaten die offizielle Währung. Gleichzeitig spielt er aber auch auf internationaler Ebene eine wichtige Rolle: 2017 wurde der Euro bei 36 Prozent der internationalen Zahlungen verwendet und liegt damit an zweiter Stelle nach dem US-Dollar, der bei 40 Prozent der Zahlungen verwendet wurde.

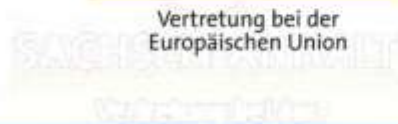
Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Stellvertretende Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union



VEREINIGTE STAATEN VON DEUTSCHLAND

VEREINIGTE STAATEN VON DEUTSCHLAND



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Lohngleichheit von Frauen und Männern: Sagen Sie Ihre Meinung!	
• Juncker: Vereinigtes Königreich muss seine Vorstellung vom Brexit klären	
• Juncker: Währungsunion bleibt „Friedenspolitik mit anderen Mitteln“	
• 2019 können 14.500 Jugendliche mit DiscoverEU durch Europa reisen	
• Mogherini und Hahn begrüßen Parlamentsentscheid in Skopje zum Prespa-Abkommen	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	9
• EU stockt ihre humanitäre Hilfe für 2019 auf 1,6 Milliarden Euro auf	
• Kommission plädiert für schrittweise Abkehr von einstimmiger EU-Steuerpolitik	
• Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des rumänischen Ratsvorsitzes im Plenum des Europäischen Parlamentes in Straßburg am 15. Januar 2019	
• Europäisches Parlament - Verbesserungsvorschläge zum Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel	
• Europäische Kommission: Vorgehen gegen Abholzung und Waldschädigungen verstärken	
•	
<u>Was, wann, wo</u>	14
• Bürgerdialogreihe „Europagespräche in Sachsen-Anhalt“ startet am 17. Januar in Weißenfels	
<u>Ausschreibungen</u>	15
• Bezahltes Praktikum bei der EU: Bewerbungsrunde für Oktober startet	
• KOM - Einreichung von Vorschlägen 2019 - Finanzhilfen für Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt	
• KOM – Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Arbeitsprogramms 2019 des Gemeinsamen Unternehmens „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2	
<u>Kontaktbörse</u>	17
• Partners research – URBACT APN 2019	
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	21
• Neu in der LV – Silke Voigt	
• Tipp	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	25
<u>Impressum</u>	26



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Lohnungleichheit von Frauen und Männern: Sagen Sie Ihre Meinung!

Die EU-Kommission hat am Freitag, 11.01.2019, eine öffentliche Befragung gestartet zur Lohnungleichheit von Frauen und Männern in der EU. Der Grundsatz des „gleichen Entgelts für gleiche Arbeit“ ist in den Europäischen Verträgen verankert. Das EU-Recht verbietet direkte und indirekte Diskriminierung aufgrund des Geschlechts. EU-Justizkommissarin **Jourová** kritisierte, Frauen verdienten in der EU immer noch durchschnittlich 16,3 Prozent weniger als Männer. In den letzten Jahren habe sich in dieser Hinsicht nichts geändert. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in die Bewertung der Gleichstellungsrichtlinie und der Empfehlung zur Lohntransparenz einfließen.

In der [Neufassung der Richtlinie über Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen](#) werden die Mitgliedstaaten aufgefordert sicherzustellen, dass Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die dem Gleichbehandlungsgrundsatz zuwiderlaufen, aufgehoben werden. Zudem müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Personen, die sich durch die Nichtanwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in ihren Rechten für verletzt halten, ihre Ansprüche gegebenenfalls nach Inanspruchnahme anderer zuständiger Behörden auf dem Gerichtsweg geltend machen können. Daher müssen die Mitgliedstaaten wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen für Verstöße gegen die Verpflichtungen aus der Richtlinie vorsehen.

Eine [Bewertung der Umsetzung der Neufassung der Gleichstellungsrichtlinie](#) aus dem Jahr 2013 ergab, dass die größten Probleme bei der Umsetzung der in der Richtlinie enthaltenen Bestimmungen über die Durchsetzung und die rechtliche Auslegung des Grundsatzes des gleichen Entgelts bei gleichwertiger Arbeit auftreten. Gleichzeitig zeigte sich, dass das Problem geschlechtsspezifischer Ungleichheiten bei der Entlohnung im privaten Sektor stärker ausgeprägt ist, da dort bei der Festsetzung der Löhne generell mehr Ermessensspielraum besteht.

Um das Bewusstsein für das Fortbestehen einer (unbewussten) geschlechtsspezifischen Voreingenommenheit zu stärken und den Unternehmen Anreize für die Analyse und Änderung ihrer Lohnstrukturen zu geben, wurden in der [Empfehlung zur Lohntransparenz aus dem Jahr 2014](#) vier Kernmaßnahmen für mehr Lohntransparenz formuliert. Laut [Durchführungsbericht 2017](#) wurden im Anschluss an die Empfehlung jedoch nur sehr wenige Folgemaßnahmen getroffen. In einem Drittel der Mitgliedstaaten fehlt es nach wie vor völlig an Transparenzmaßnahmen.

Daher hat die Kommission beschlossen, die der Umsetzung des im Vertrag verankerten Grundsatzes des gleichen Entgelts bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit für Frauen und Männer dienenden Vorschriften der Neufassung der Gleichstellungsrichtlinie und der Empfehlung zur Lohntransparenz einer eingehenderen Bewertung zu unterziehen. Diese öffentliche Konsultation soll in diese Bewertung einfließen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 11. Januar 2019](#)

[Konsultation zur Bewertung : Lohnungleichheit von Frauen und Männern](#)



Juncker: Vereinigtes Königreich muss seine Vorstellung vom Brexit klären

Nach dem Votum im britischen Unterhaus hat Kommissionspräsident **Jean-Claude Juncker** Dienstagabend, 15.01.2019, erklärt, dass die Gefahr eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs durch die Abstimmung gestiegen sei. Auch wenn die EU eine solche Situation nicht wünsche, werde die Europäische Kommission weiterhin an Maßnahmen für den Ernstfall arbeiten, um dafür zu sorgen, dass die EU vollständig vorbereitet sei. Er rufe das Vereinigte Königreich dringend auf, der EU seine Vorstellungen über das weitere Vorgehen so rasch wie möglich mitzuteilen.

Er bedaure das Ergebnis der Abstimmung, sagte Juncker, betonte aber auch, dass auf Seiten der EU der Prozess zur Ratifizierung des Austrittsabkommens fortgesetzt werde. Das Austrittsabkommen sei ein fairer Kompromiss und stelle den bestmöglichen Deal dar. Es begrenze den Schaden, der für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen in ganz Europa aufgrund des Brexit entstehe. Das Abkommen sei der einzige Weg, um einen geordneten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zu gewährleisten. Die Europäische Kommission und insbesondere Chefunterhändler Michel Barnier hätten sehr viel Zeit und Mühe in das Aushandeln des Austrittsabkommens investiert, sagte Juncker. Die Vertreter der EU hätten während des gesamten Prozesses mit viel Kreativität und Flexibilität nach Lösungen gesucht. Präsident **Tusk** und er selbst hätten Anfang der Woche erneut ihren guten Willen unter Beweis gestellt, indem sie Premierministerin Theresa May in einem Schriftwechsel weitere Klarstellungen und Zusicherungen angeboten hätten.

EU-Chefunterhändler **Michel Barnier** erklärte am Mittwochmorgen, 16.01.2019, im Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg, dass, solange kein Ausweg aus der gegenwärtigen politischen Sackgasse im Vereinigten Königreich gefunden werde, solange kein Austrittsszenario klar identifiziert und von einer parlamentarischen Mehrheit unterstützt werde, man nicht in der Lage sei, Fortschritte zu erzielen. Deshalb müssten die nächsten Schritte jetzt von der britischen Regierung deutlich gemacht werden.

Die Abgeordneten des Unterhauses, die gegen das mit der EU ausgehandelte Austrittsabkommen gestimmt haben, hätten dies aus sehr unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Gründen getan. Laut Barnier sei diese Abstimmung daher objektiv nicht die klare Manifestation einer positiven Mehrheit, die einen alternativen Entwurf zu dem derzeit auf dem Tisch liegenden Abkommen definieren würde. Die britische Regierung müsse nun klären, wie sie einen geordneten Austritt am 29. März zu vollziehen gedenke.

Das Austrittsabkommen, das in 18 Monaten mit der britischen Regierung ausgehandelt worden sei, bleibe der bestmögliche Kompromiss. Es sei auch das Ergebnis einer konstruktiven Haltung, die die EU weiter an den Tag legen werde, mit Ruhe, Einheit, Dialog und Transparenz. • *eag*

Quelle: PM KOM

Weitere Informationen:

[Erklärung von Präsident Juncker](#)

[Reden von Frans Timmermans und Michel Barnier im Europäischen Parlament](#)



Juncker: Währungsunion bleibt „Friedenspolitik mit anderen Mitteln“

Bei einer feierlichen Sitzung anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Euro im Europäischen Parlament hat Kommissionspräsident **Jean-Claude Juncker** am Dienstag, 14.01.2019 seine persönliche Rückschau auf die ersten zwei Jahrzehnte der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gegeben. Juncker ist der einzige heute noch politisch aktive Unterzeichner des Vertrags von Maastricht, mit dem 1992 die Währungsunion begründet wurde. Die Währungsunion habe nach wie vor Schwächen, insbesondere in der wirtschaftspolitischen Koordinierung der Mitgliedstaaten, sagte Juncker. Insgesamt sei die einheitliche Währung aber ein Erfolg. Juncker sagte, er bleibe der Auffassung, dass die Europäische Währungsunion Friedenspolitik mit anderen Mitteln sei.

Zusammen mit anderen – insbesondere **Jean-Claude Trichet** – hat Juncker als Präsident der Regierungskonferenz 1991 den Prozess geleitet, der zum Maastrichter Vertrag geführt hat. Der geldpolitische Teil des Maastrichter Vertrags sei sein „edler, erfolgreicher Teil“, während der politische Teil „schwächer, ja mittelmäßig“ gewesen sei, so Juncker heute. Der Hauptverdienst des Erfolgs der einheitlichen Währung liege bei der Europäischen Zentralbank, deren Grundsatz der Unabhängigkeit zu Beginn heftig umstritten war. Durch die Unabhängigkeit der EZB sei die Glaubwürdigkeit der einheitlichen Währung von den Märkten nie in Frage gestellt worden.

Es habe viel Kritik an der Politik der Eurozone gegeben, was Juncker sehr persönlich nehme, da er zur Zeit der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der Präsident der Eurogruppe gewesen sei. Es habe zu dieser Zeit eine rücksichtslose Sparsamkeit gegeben, weil Strukturreformen unabhängig davon, in welchem Währungssystem man sich befinde, unerlässlich blieben. Er bedaure, dass die EU dem Einfluss des Internationalen Währungsfonds zu viel Bedeutung beigemessen habe. Es habe zum Zeitpunkt der Krise auch Meinung gegeben, dass Europa über genügend Muskeln verfüge, um der drohenden Krise selbst und ohne den Einfluss des Internationalen Währungsfonds zu widerstehen. Wenn Kalifornien in Schwierigkeiten gerate, gehe es nicht an den Internationalen Währungsfonds, sondern an die Vereinigten Staaten von Amerika. Und so hätte die EU das Gleiche tun sollen. Ebenso habe er immer einen Mangel an Solidarität bedauert, der sich zur Zeit der so genannten Griechenlandkrise gezeigt habe.

Abschließend betonte Juncker, er bleibe dennoch der Auffassung, dass die Europäische Währungsunion Friedenspolitik mit anderen Mitteln sei. Deshalb wolle er sich, im Namen seiner Generation, bei denen bedanken, die all dies möglich gemacht hätten. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Rede von Präsident Juncker zu 20 Jahren Wirtschafts- und Währungsunion](#)
[20 Jahre Euro: Factsheets und Videos](#)



2019 können 14.500 Jugendliche mit DiscoverEU durch Europa reisen

Die Europäische Kommission bietet jungen Menschen die Möglichkeit, mit dem Programm **DiscoverEU** Europa zu erkunden. Am Montag, 14.01.2019, hat die Kommission bekannt gegeben, dass aus etwa 80.000 Bewerbungen mehr als 14.500 Jugendliche ausgewählt wurden, die einen DiscoverEU-Travel-Pass erhalten. Damit können sie zwischen dem 15. April und dem 31. Oktober 2019 für bis zu 30 Tage durch Europa reisen. Am 11. Dezember 2018 wurde die zweite Runde der DiscoverEU-Initiative mit fast 80.000 Bewerbungen geschlossen. Insgesamt wurden 14.536 junge Europäerinnen und Europäer nach bestimmten Auswahlkriterien und den pro EU-Mitgliedstaat festgelegten Quoten ausgewählt.

Tibor Navracsics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, sagte dazu, es sei einfach großartig, wie junge Europäerinnen und Europäer DiscoverEU nutzen, um ihren Kontinent zu entdecken. Bislang hätten dank dieser Initiative rund 30 000 jungen Europäerinnen und Europäern die Möglichkeit geben werden können, die Kulturen und Traditionen Europas zu erkunden, andere Reisende kennenzulernen und Kontakte zu den Menschen vor Ort zu knüpfen.

Die Gewinnerinnen und Gewinner der zweiten Runde werden nun benachrichtigt und können ihre Reisen buchen. Sie können zwischen dem 15. April und dem 31. Oktober 2019 für bis zu 30 Tage alleine oder in Gruppen von maximal fünf Personen reisen. Neben dem Travel-Pass erhalten die jungen Reisenden vor ihrer Abfahrt auch nützliche Tipps und können sich in den sozialen Medien miteinander in Verbindung setzen. Darüber hinaus werden sie über besondere Angebote informiert, z. B. vergünstigte Eintrittskarten für Museen oder Kulturstätten.

DiscoverEU richtet sich an junge Menschen, die einzeln oder in kleinen Gruppen einfach und für wenig Geld reisen können. So haben 18-Jährige die Chance, etwas über das kulturelle Erbe und die Vielfalt Europas zu erfahren. Sie können mit anderen jungen Menschen in Kontakt treten und ihre europäische Identität entdecken. Die Initiative wurde im Juni 2018 auf Vorschlag des Europäischen Parlaments für eine vorbereitende Maßnahme mit einem Budget von 12 Mio. Euro für das Jahr 2018 ins Leben gerufen. Für 2019 hat das Europäische Parlament 16 Mio. Euro für DiscoverEU bewilligt. Die Kommission plant, im Sommer 2019 die nächste Bewerbungsrunde einzuleiten.

Im Mai 2018 schlug die Kommission 700 Mio. Euro für DiscoverEU als Teil des künftigen Erasmus-Programms im Rahmen des nächsten langfristigen EU-Haushalts für 2021-2027 vor. Stimmen das Europäische Parlament und der Rat zu, könnten im Laufe dieser sieben Jahre weitere 1,5 Millionen 18-Jährige auf diese Art reisen.

Die Kommission möchte DiscoverEU zu einer noch wertvolleren und inklusiveren Lernerfahrung für junge Europäerinnen und Europäer machen. Ausgehend von den Interessen der jungen Reisenden und ihren Rückmeldungen sowie dem Feedback der wichtigsten Interessenträger will sie die Wirkung der Maßnahme verstärken und sie weiter verbessern. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Discover EU: Fragen und Antworten zur zweiten Runde](#)

[Factsheet](#)

[Europäisches Jugendportal](#)



Mogherini und Hahn begrüßen Parlamentsentscheid in Skopje zum Prespa-Abkommen

Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, **Federica Mogherini**, und der für Erweiterungsverhandlungen zuständige Kommissar, **Johannes Hahn** haben die Billigung des Parlaments in Skopje zur Änderung des Landesnamens der früheren jugoslawischen Republik Mazedonien in „Republik Nord-Mazedonien“ am vergangenen Freitag als entscheidenden Schritt für die euro-atlantische Integration des Landes begrüßt. Nun steht noch die Ratifizierung des von den Premierministern **Zoran Zaev** und **Alexis Tsipras** ausgehandelten Prespa-Abkommens in Griechenland aus.

In einer gemeinsamen Erklärung von Freitagabend, 11.01.2019, sagten Mogherini und Hahn, dass sie von ganzem Herzen zur Abstimmung des Parlaments über die heutigen Verfassungsänderungen gratulierten. Dies sei ein entscheidender Schritt bei der Umsetzung des historischen Prespa-Abkommens. Politische Führer und Bürger hätten ihre Entschlossenheit gezeigt, diese einzigartige und historische Gelegenheit zu nutzen, um eine der ältesten Streitigkeiten in der Region zu lösen und den Weg in Richtung Europäische Union entschlossen voranzutreiben.

Die Einigung über die Namensänderung sei ein Beispiel für die Aussöhnung der Region und Europas insgesamt. Daher unterstütze die EU die Vereinbarung nachdrücklich. Mogherini und Hahn versicherten, dass, während man auf den Abschluss der nächsten Schritte warte, die zur vollständigen Umsetzung des Prespa-Abkommens führen, die Europäische Union nach wie vor fest entschlossen sei, das Land weiterhin uneingeschränkt zu unterstützen und bei der Erreichung seines gemeinsamen strategischen Ziels der EU-Integration zu begleiten.

Die Änderung des Landesnamens war notwendig, um der NATO und der EU beitreten zu können. Vorausgegangen ist ein jahrelanger Streit mit Griechenland, da eine Provinz im Norden Griechenlands ebenfalls den Namen Mazedonien trägt und Ängste wegen möglicher Gebietsansprüche bestanden. Die griechische Regierung hatte die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen und in die NATO des Landes wegen des Namensstreits immer wieder blockiert. Erst im vergangenen Juni hatten sich der griechische Premierminister Alexis Tsipras und sein Amtskollege Zoran Zaev am Prespa-See auf eine Namensänderung in „Republik Nord-Mazedonien“ verständigt. Nun muss die Namensänderung noch vom griechischen Parlament gebilligt werden. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Wortlaut der Erklärung von Mogherini und Hahn](#)

[Die Erweiterungspolitik der EU und die Beziehungen zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

EU stockt ihre humanitäre Hilfe für 2019 auf 1,6 Milliarden Euro auf

Vor dem Hintergrund der weltweit zunehmenden Krisen hat die EU-Kommission am Mittwoch, 16.01.2019, beschlossen, für humanitäre Hilfe Haushaltsmittel in Höhe von 1,6 Mrd. Euro für 2019 einzuplanen. Dies ist der höchste jemals vorgesehene Betrag in einem Jahreshaushalt für humanitäre Hilfe. Das Geld soll insbesondere den vor der Krise in Syrien und in Jemen betroffenen Menschen zugutekommen.

Christos Stylianides, Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement, erläuterte, dass die EU angesichts von Krisen wie Syrien und Jemen mit diesem neuen Haushalt ein führender humanitärer Geber bleibe. Die humanitäre Hilfe allein könne nicht alle Probleme lösen, aber die EU müsse alles in unserer Macht Stehende tun, um den Schwächsten zu helfen. Das sei ihre humanitäre Pflicht. Die EU müsse auch über die Auswirkungen dieser vielen Krisen auf Kinder, auf die nächste Generation nachdenken. Deshalb werde die Rekordhöhe von 10 Prozent des neuen Budgets für Bildungsausgaben in Notfällen eingesetzt. Damit könne man den Kindern die Werkzeuge an die Hand geben, um eine bessere Zukunft aufzubauen.

Der größte Teil des Haushalts wird sich mit der Krise in Syrien, den Flüchtlingen in den Nachbarländern und der äußerst kritischen Situation im Jemen befassen. In Afrika wird die EU-Hilfe die Menschen in den von der Krise betroffenen Regionen Südsudans, der Zentralafrikanischen Republik, des Tschadseebeckens, der Demokratischen Republik Kongo mit einem Ebola-Ausbruch und in Regionen mit Lebensmittel- und Ernährungskrisen wie der Sahelzone unterstützen.

In Lateinamerika werden mit EU-Mitteln die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen unterstützt, die von der Krise in Venezuela und dem anhaltenden Konflikt in Kolumbien betroffen sind. Die Europäische Union wird auch weiterhin Hilfe in Afghanistan leisten und der Rohingya-Bevölkerung in Myanmar und Bangladesch helfen. In Europa werden sich die humanitären Bemühungen der EU auf die vom Konflikt in der Ukraine betroffenen Menschen konzentrieren.

Angesichts der zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels werden die Mittel den gefährdeten Gemeinschaften in katastrophengefährdeten Ländern helfen, sich besser auf verschiedene Klimaschocks wie Dürren, Überschwemmungen und Wirbelstürme vorzubereiten.

• *eag* Quelle: *PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: [EU increases its humanitarian assistance – record budget adopted for 2019](#)

[Humanitäre Hilfe für Syrien](#)

[Die humanitäre Hilfe der EU in der Welt](#)



Kommission plädiert für schrittweise Abkehr von einstimmiger EU-Steuerpolitik

Die Kommission hat am Dienstag, 15.01.2019, die Debatte über die Reform des Beschlussfassungsverfahrens in der EU-Steuerpolitik angestoßen. Gegenwärtig müssen die Mitgliedstaaten in diesem Bereich einstimmig beschließen. Oftmals kann jedoch bei wichtigen Steuerinitiativen keine Einstimmigkeit erzielt werden, und wenn doch, führt sie mitunter zu kostspieligen Verzögerungen und suboptimalen politischen Ergebnissen

In der am 15.01.2019 veröffentlichten [Mitteilung](#) schlägt die Kommission einen Fahrplan vor, um in bestimmten Bereichen der gemeinschaftlichen Steuerpolitik schrittweise und gezielt zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit (BQM) im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens überzugehen, wie es bereits in den meisten anderen Politikbereichen der EU üblich ist. Diese Möglichkeit ist in den EU-Verträgen vorgesehen. Bei der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit wären die Mitgliedstaaten in der Lage, schnellere, wirksamere und demokratischere Kompromisse in Steuerangelegenheiten zu finden, sodass das volle Potenzial dieses Politikbereichs ausgeschöpft würde. Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren würde darüber hinaus sicherstellen, dass das Europäische Parlament einen konkreten Beitrag zu steuerpolitischen Beschlüssen leisten könnte, wodurch die Ansichten der Bürger besser vertreten und die Rechenschaftspflicht erhöht würde.

Die Kommission schlägt nicht vor, die Zuständigkeiten der EU im Bereich der Besteuerung zu ändern oder das Recht der Mitgliedstaaten, nach eigenem Ermessen Einkommensteuer- oder Körperschaftsteuersätze festzulegen, anzutasten. Vielmehr geht es darum, die Mitgliedstaaten in die Lage zu versetzen, auf effizientere Weise ihre bereits gebündelte Steuerhoheit auszuüben, um auf diese Weise schneller auf gemeinsame Herausforderungen reagieren zu können.

In der am Dienstag vorgelegten Mitteilung fordert die Kommission die Staats- und Regierungschefs der EU, das Europäische Parlament und sonstige Akteure auf, zu prüfen, ob ein allmählicher, in vier Schritten erfolgender Übergang zu einem Beschlussfassungsverfahren mit qualifizierter Mehrheit möglich ist (weitere Einzelheiten siehe [Factsheet](#)).

Die Kommission fordert nun die Mitgliedstaaten, das Europäische Parlament und alle Interessenträger auf, in einen konstruktiven Dialog über die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in der Steuerpolitik der EU einzutreten und zeitnah einen pragmatischen Ansatz für eine entsprechende Umsetzung auszuarbeiten. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Mitteilung: Auf dem Weg zu einer effizienteren und demokratischeren Beschlussfassung in der EU-Steuerpolitik](#)

[Fragen und Antworten: Ein schrittweiser Übergang zu einer effizienteren und demokratischeren Beschlussfassung in der EU-Steuerpolitik – Fragen und Antworten Factsheet](#)

[Papier des Europäischen Zentrums für politische Strategie zu den „Überleitungsklauseln“](#)



Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des rumänischen Ratsvorsitzes durch Frau Viorica Dancila, Ministerpräsidentin Rumäniens, im Plenum des Europäischen Parlamentes in Straßburg am 15. Januar 2019

Viorica Dancila betonte den Gedanken der Kohäsion als gemeinsamen Wert, unter politischem, wirtschaftlichem sowie territorialem Aspekt. Unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungsstände müssten überwunden und der soziale Zusammenhalt im Zusammenhang mit den vier Freiheiten des Binnenmarktes gestärkt werden.

Die rumänische Präsidentschaft habe vier Prioritäten für ihre Präsidentschaft im Rat festgelegt. Unter dem ersten Punkt Konvergenz wolle man Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit, die soziale Weiterentwicklung, den Abbau von regionalen Rückständen, Konnektivität und Nachhaltigkeit fördern. Der zweite - Sicherheit - habe die Bedrohungen für die Sicherheit der Bürger, die Risiken für Wohlstand und Werte in einer immer schneller werdenden Welt, auch im digitalen Raum, sowie hinsichtlich der Migrationsströme, der Stärkung der Außengrenzen und des Kampfs gegen den Terrorismus im Blick.

Der dritte Punkt - die EU als globaler Player – betreffe eine Stärkung der EU hinsichtlich ihrer Verteidigungs- und Sicherheitskapazitäten und die Partnerschaft mit den östlichen Ländern, insbesondere im Westbalkan. Man stelle zudem eine Modernisierung des multilateralen Handelssystems und die Ausweitung von Handelsabkommen in den Mittelpunkt. Mit dem vierten Schwerpunkt - gemeinsame europäische Werte - trete Rumänien gegen Rassismus, Intoleranz, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Populismus und Hassreden an. Auch Gleichbehandlung werde verfolgt, etwa in Anbetracht dessen, dass Rumänien noch nicht im Schengen- und Euro-Raum vertreten sei. Bildung und Kultur seien ebenfalls ein Schlüssel dafür, der jüngeren Generation die Werte der Union nahezubringen. Rumänien werde sich für eine EU einsetzen, die sich stärker an den Gründungsprinzipien und grundlegenden Werten ausrichte.

Kommissar und Kommissions-Vizepräsident **Andrus Ansip** sicherte Rumänien größtmögliche Unterstützung für die Herausforderungen dieser Präsidentschaftsperiode zu (242 noch offene KOM-Gesetzgebungs-Vorschläge, teils Kernbereiche der EU betreffend). Er sprach auch die interne einzelstaatliche Einigkeit und die Fähigkeit, Brücken zu schlagen, als Voraussetzung für einen erfolgreichen Vorsitz an. Rumänien habe die europäischen Grundwerte mit dem Beitritt zur EU anerkannt, diese dürften nie in Zweifel gezogen werden. Er verwies auf den europäischen Gipfel in Sibiu am 9. Mai 2019.

Anschließend fand eine kontroverse Diskussion statt, in der auch Kritik an der rumänischen Regierung in Bezug auf ihre fachlichen Fähigkeiten und zu Unzulänglichkeiten hinsichtlich der Anwendung rechtsstaatlicher Grundsätze im rumänischen Justizsystem sowie der Pressefreiheit geäußert wurde. Rumänien müsse den Rechtsstaat zum Schutz der Freiheit der Menschen und gegen Willkürherrschaft verteidigen (betr. die geplante Amnestie für Korruptionstäter). Gegenüber einer weiteren Osterweiterung sei zunächst die wachsende Unzufriedenheit der EU-Bürger, z.B. mit offenen Grenzen in der Migrationspolitik, zu behandeln. Auch Klimawandel und soziale Rechte seien zu berücksichtigen. Es wurde zudem gefordert, dass das Finanzsystem, Arbeitslosigkeit der Jugend und Verarmung (u.a. auch bei den Roma), Arbeitsplatzqualität, Gesundheitsmanagement, Ausgleich zwischen den Regionen - inkl. ländlichen und Rand-



Gebieten, Landwirtschaftspolitik, Verbraucherschutz, Verteidigungsfragen und Migrationsfragen thematisiert werden müssten. Einige Abgeordnete äußerten, dass Falschinformationen gegenüber Rumänien, etwa zum rechtsstaatlichen Verhalten, im Umlauf seien.

Viorica Dancila entgegnete, sie sei nicht gekommen, um sich zu rechtfertigen, sondern als Premierministerin eines Landes, dass die EU befördern wolle - sie hätte mehr Lösungen und positive Ansätze erwartet. Rumänien wünsche sich mehr Vertrauen in ihr Land und seine Kapazitäten. Zum Euroraum etwa habe Rumänien einen Bericht weitergeleitet und zahlreiche Aktivitäten entfaltet, um Armutsfaktoren entgegenzuwirken. Man werde den Rechtsstaat unterstützen, aber auch die Menschen entlasten, die vor Jahren durch falsche Gerichtsurteile in ihren Rechten verletzt worden seien. Eine entsprechende Amnestie werde nicht als Rechtsakt vorbereitet und die Pressefreiheit werde durch die Regierung nicht eingeschränkt. Sie zeigte sich enttäuscht, dass rumänische Abgeordnete offene Kritik am eigenen Land übten. Sie wünschte dem europäischen Weg insgesamt den bestmöglichen Erfolg während der rumänischen Präsidentschaft. • ml

Weitere Quellen:

Offizielle Webseite der Rumänischen Ratspräsidentschaft – Prioritäten - [Link](#)

Offizielles Programm der rumänischen Ratspräsidentschaft - [Link](#)

Programm der Trio-Ratspräsidentschaft - [Link](#)

Europäisches Parlament - Verbesserungsvorschläge zum Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel

Am 16.1.2019 hat das Europäische Parlament Verbesserungsvorschläge für das europäische Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel verabschiedet.

Grundlage ist der Bericht des Sonderausschusses für das Genehmigungsverfahren der EU für Pestizide (PEST-Ausschuss), der vor dem Hintergrund der Kontroverse über die erneute Zulassung von Glyphosat im Februar 2018 eingesetzt worden war.

Zu den Kernpunkten der an Rat und Kommission gerichteten Entschließung gehören die Forderungen nach mehr Transparenz und Unabhängigkeit sowie nach Innovationen. U. a. sollte die Öffentlichkeit Zugang zu Studien erhalten, die im Verfahren zur Zulassung eines Schädlingsbekämpfungsmittels verwendet werden, einschließlich aller unterstützenden Daten und Informationen im Zusammenhang mit den Anträgen. Alle Zulassungsstudien der Antragsteller sollten in einem öffentlichen Register verzeichnet werden. Die Erforschung von Alternativen sollte ausgebaut werden ebenso wie die unabhängige Forschung der Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln auf Mensch, Tier und Umwelt.

Im Hinblick auf Glyphosat wird u.a. gefordert, alle Studien bezüglich krebsauslösender Eigenschaften zu überprüfen. • ms

Vollständige Pressemitteilung des EP mit weiterführenden Links: [hier](#)

Die angenommene Entschließung: [hier](#)



Europäische Kommission: Vorgehen gegen Abholzung und Waldschädigungen verstärken

Vom 14.1.2019 bis zum 25.2.2019 haben interessierte Einzelpersonen und Institutionen Gelegenheit, sich an einer öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zum Thema „Entwaldung und Waldschädigungen – EU-Aktionen verstärken“ zu beteiligen.

Vor dem Hintergrund, dass Entwaldung ein großes weltweites Problem darstellt, das zu Armut, Verlust von Artenvielfalt und Klimawandel führt, zielt die Initiative der Kommission darauf ab, einen integrierten Ansatz zur Bekämpfung der Abholzung in den Tropen, zum Schutz der Wälder und zur Förderung einer nachhaltigen Lieferkette zu präsentieren. Dabei sollen vor allem bestehende EU-Politiken und Werkzeuge besser aufeinander abgestimmt und bereits vorhandene Maßnahmen besser kommuniziert und umgesetzt werden.

Die EU als ein Hauptimporteur von landwirtschaftlichen Gütern ist Teil des Problems, kann jedoch auch Teil der Lösung sein, so die Kommission.

Das Thema wurde bereits 2008 in einer [Mitteilung](#) der Kommission zur „Bekämpfung der Entwaldung und der Waldschädigung zur Eindämmung des Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt“ aufgegriffen. Seit Januar 2018 liegt eine [Machbarkeitsstudie](#) vor, die Möglichkeiten der EU, verstärkt gegen Entwaldung vorzugehen, aufzeichnet. • ms

Der Zugang zur Konsultation [hier](#).



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Bürgerdialogreihe „Europagespräche in Sachsen-Anhalt“ startet am 17. Januar in Weißenfels

Am 17. Januar 2019 findet um 18 Uhr die Auftaktveranstaltung zur Bürgerdialogreihe „Europagespräche in Sachsen-Anhalt“ im Kulturhaus Weißenfels statt. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen Ihre Fragen und Meinungen zu aktuellen europäischen Herausforderungen und zur zukünftigen Entwicklung der EU.

— Wo stehen wir? — Wie muss sich Europa verändern? — Was erwarten wir von der Europäischen Union? — Welche Rolle kann und soll Europa in einer Welt im Umbruch spielen? — Welche Bedeutung haben diese Fragen für uns in Sachsen-Anhalt?

Diese Fragen diskutieren mit Ihnen Robby Risch, Oberbürgermeister der Stadt Weißenfels, Dr. Michael Schneider, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt sowie Richard Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland.

Weitere „Europagespräche“ finden in Schönebeck (24.1.), Blankenburg (29.1.), Oschersleben (5.2.), Sangerhausen (18.2.) und Bitterfeld-Wolfen (21.2) statt.

Interessierte sind herzlich eingeladen, sich an der Bürgerdialogreihe zur Zukunft der EU und ihre Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt zu beteiligen.



14

Anmeldung und weitere Informationen auf www.europagespraeche.de

Hintergrund:

Die Bürgerdialogreihe „Europagespräche in Sachsen-Anhalt“ ist ein gemeinsames Projekt der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur. Die Organisation und Koordinierung erfolgt durch die Europäische Bewegung Sachsen-Anhalt e.V. Die einzelnen Veranstaltungen stehen unter der Schirmherrschaft der gastgebenden Oberbürgermeister. • *Gastbeitrag, Noreen Weck*



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Bezahltes Praktikum bei der EU: Bewerbungsrunde für Oktober startet

Jedes Jahr bietet die Europäische Kommission bezahlte 5-monatige Praktika für 1.300 Praktikanten an. Startdatum ist jeweils der **1. März** und der **1. Oktober**. Die Registrierung für Oktober 2019 hat am **10.01.2019** begonnen und läuft bis zum **4. Februar**. Das so genannte Blue Book-Praktikumsprogramm der Europäischen Kommission bietet einen spannenden Einblick in die Arbeit der EU und richtet sich an Hochschulabsolventinnen/-absolventen aus der ganzen Welt. Bezahlt werden 1177 Euro pro Monat, Reisekosten werden erstattet.

Praktika werden in einer ganzen Reihe von Bereichen angeboten und bieten einen spannenden Einblick in die Arbeit der EU. Die Arbeitsgebiete sind vielfältig und umfassen neben vielen anderen Wettbewerbsrecht, Umweltpolitik und Kommunikation. Konkret kann das die Organisation von Arbeitsgruppen und Sitzungen, die Zusammenstellung von Informationen und Unterlagen, die Vorbereitung von Berichten, die Beantwortung von Anfragen sowie die Teilnahme an Referatssitzungen und anderen Veranstaltungen umfassen.

Bewerben können sich Studienabsolventinnen und Studienabsolventen mit einem mindestens dreijährigen, abgeschlossenen Bachelorstudium, die Bewerberinnen und Bewerber sollten sehr gute Kenntnisse in zwei EU-Amtssprachen, darunter eine Verfahrenssprache (Englisch, Französisch oder Deutsch) haben.

Zwischen März 2012 und Oktober 2015 gingen 128.017 Bewerbungen für das Praktikantenprogramm ein, 5.269 Bewerber erhielten eine Zusage, davon 326 aus Deutschland.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Website Blue Book Praktika](#)



Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2019 — Mehrländerprogramme — Finanzhilfen für Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern gemäß Verordnung (EU) Nr. 1144/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates
Fundstelle: Abl.	C 18 vom 15. Januar 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.C_.2019.018.01.0021.01.DEU&toc=OJ:C:2019:018:TOC
Bewerbungsfrist:	02.04.2019 bzw. 09.04.2019 bzw. 16.04.2019
Antragsunterlagen:	Die Anträge sind vom Koordinator online über das „Funding & Tenders“-Portal einzureichen (das elektronische Einreichungssystem finden Sie unter: https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/home).

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und damit zusammenhängende Tätigkeiten im Rahmen des Arbeitsprogramms 2019 des Gemeinsamen Unternehmens „Brennstoffzellen und Wasserstoff 2“
Fundstelle: Abl.	C 18 vom 15. Januar 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.C_.2019.018.01.0003.01.DEU&toc=OJ:C:2019:018:TOC
Bewerbungsfrist:	Unbekannt
Antragsunterlagen:	Dieses Arbeitsprogramm, einschließlich der Fristen und Mittel für die Tätigkeiten, ist auf der Website des Teilnehmerportals (https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/home) verfügbar, wo Sie auch Informationen zu den Modalitäten dieser Aufforderung und der damit zusammenhängenden Tätigkeiten sowie Hilfestellung für Antragsteller zur Einreichung der Vorschläge finden. Sämtliche Informationen werden bei Bedarf auf dem genannten Teilnehmerportal aktualisiert.



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stellen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungsge such Eurostars Enterprise Europe Network Norwegen	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	<p>Norwegisches Unternehmen sucht Partner für 3D-Scan von Körperteilen für Eurostars-Projekt</p> <p>Das norwegische Unternehmen benötigt einen auf 3D-Scan spezialisierten Partner mit Kenntnissen im Scannen von Körperteilen, um gemeinsam eine Förderung von Eurostars zu beantragen.</p> <p>Die Vision des Unternehmens ist es, den Anwendern einen kompletten, kostengünstigen, zuverlässigen und funktionellen prothetischen Arm zu liefern, um ihre Lebensqualität zu verbessern. Der gesuchte Partner sollte ein KMU/Industrieunternehmen im 3D-Scan-Bereich sein, das bereits mit tragbaren Geräten für das Scannen von Körperteile gearbeitet hat. Seine Rolle besteht darin, die Verantwortung für 3D-Scanprozesse zu übernehmen, die die hohen Anforderungen für einen prothetischen Arm (z.B. Hülse, Schaft) erfüllen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/3c318d02-2806-4397-b817-aabe0495a439</p> <p>Referenznummer: RDNO20181218002</p>



Forschungsge such – H2020 Enterprise Europe Network Vereinigtes Königreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Partner für wasserbezogenes H2020- Projekt gesucht Ein britisches Forschungsinstitut und ein Unternehmen der Wasserwirtschaft suchen einen Partner für ein H2020-Projekt, bei dem eine wassersparende Wirtschaft und Gesellschaft aufgebaut werden soll. Das Forschungsinstitut verfügt über eines der wichtigsten Zentren für transdisziplinäre Wasserforschung in Europa und kann Expertise in den Bereichen Wasserwirtschaft, Wirtschaftsanalysen, Kreislaufwirtschaft und naturnahe Lösungen einbringen. Das Wasserunternehmen kann den Zugang zu Beispielanlagen in Schottland ermöglichen. Gesucht wird ein Koordinator aus Industrie oder Wissenschaft, der folgende Aufgaben übernehmen kann: - Entwicklung digitaler Lösungen für die Überwachung, Steuerung und Optimierung von Daten und Prozessen - Bereitstellung einer technologischen, modellbasierten oder Steuerungs-Innovation - Marktbearbeitungspartner und/oder Endverbraucher aus einem breiten Spektrum verschiedener europäischer Regionen, um die Anwendbarkeit der Innovation unter verschiedenen Bedingungen sicherzustellen Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/bea0c1bc-4253-4a13-90ca-22a3a62131b5 Referenznummer: RDUK20190109001
Geschäftliches Gesuch Enterprise Europe Network Rumänien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Rumänisches Unternehmen sucht Lieferanten von Elektronikschrott Ein führendes Elektronikschrott-Recyclingunternehmen mit Sitz in der Region Nordwest kauft gemischten Computerschrott, Motherboard-Schrott, alte Handykarten und PCs zur weiteren Sortierung und Wiederverwertung. Gesucht wird ein Lieferant von Elektronikschrott im



		<p>Rahmen eines Dienstleistungsvertrages. Infrage kommen u.a. spezialisierte Sammler von Elektroschrott, industrielle Hersteller von Elektroschrott (z.B. Hersteller von Elektrogeräten) oder Unternehmen, die alte IT-Geräte entsorgen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/767dcd6a-5cea-4532-b7e8-5c3cf1699fe9</p> <p>Referenznummer: BRRO20181128001</p>
Technologie-gesuch	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt	Niederländischer Konzern sucht nach nachhaltigen biobasierten Tensiden
Enterprise Europe Network Niederlande	Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	<p>Ein führender niederländischer Lieferant von Spezialtensiden will nachhaltige biobasierte Tenside anbieten. Gesucht werden Partner für die Entwicklung von 100% biobasierten und ungefährlichen Tensiden. Die Herausforderung besteht darin, biobasierte, leistungsstarke und kostengünstige Lösungen mit niedriger Toxizität zusammenzubringen, und diese für alle gängigen Märkte zugänglich zu machen.</p> <p>Gesucht werden KMUs und andere Innovatoren mit Schwerpunkt Erforschung und Entwicklung neuartiger Tenside aus erneuerbaren Ressourcen, von Grundbausteinen für Tenside (hydrophobe und/oder hydrophile Bausteine). Die Zusammenarbeit soll im Rahmen eines Forschungs- oder eines Abkommens über technische Zusammenarbeit erfolgen.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/85f7d3c5-03d3-48f9-adea-7d8151172b16</p> <p>Referenznummer: TRNL20181220003</p>



Partners research – URBACT APN 2019



Title: the use of digital tools to strengthen the citizen's place in the governance of the city, especially in decision-making related to environmental transition (water management ...)

Topic field: digital tools / governance

Short description of the idea:

In a period of relative mistrust of the peoples facing their governments, the aim is to question the place of the citizen in decision-making.

In what way, at the level of a city, is it possible to give meaning to the notion of citizen? How to reconcile better the roles of elected representatives and citizens?

With the advent of digital, new forms of citizen relations can be imagined to strengthen the sense of belonging to the city.

In Agen, if we have set up neighborhood committees with dedicated budgets, we want to go further in terms of consultations using digital tools, especially with the environmental challenges of the city of tomorrow (adaptation to climate change, management water resource, etc.).

Description of cooperation:

- *Background/ challenge to tackle*

It will be necessary to take into account the "stall" of the population refractory to digital so as not to accentuate the divide between connected citizens and having access to a new governance and the rest of the population.

- *objectives of the proposed action*

The objective is to reposition the citizen in the center of the city, to participate in order to co-build the city of tomorrow that will experience an unprecedented environmental transition.

Partners profile (size of the city, country, category of region, XXX...):

Agen (35000 inhabitants) is a candidate as well as her German twin city Dinslaken (70000 inhabitants).

It would be interesting if cities of the same size could accompany us.

Agen can possibly be a leader but would prefer that a city that has already participated in the URBACT program can accept to be a leader

Contact person:

Olivier LAMOUREUX

Deputy director of the city of Agen and the agglomeration of Agen

olivier.lamouroux@agglo-agen.fr

06.16.17.48.03



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Neu in der LV – Silke Voigt

Neue Vertreterin für die Themenbereiche EU-Förderpolitik, Ausschuss der Regionen, Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration und Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr

Mein Name ist Silke Voigt. Ich habe zum 1. Dezember meine Tätigkeit als EU-Referentin mit den o.g. Zuständigkeiten aufgenommen. Vorangegangen waren vier ereignisreiche Wochen der Einarbeitung in der Staatskanzlei in Magdeburg mit weiteren Stationen in den EU-Beratungsstellen, den Ressorts Arbeit, Soziales und Integration, Landesentwicklung und Verkehr sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung. Zudem besuchte ich unsere Berliner Landesvertretung. Dort nahm ich an Anhörung und Ausschusssitzung im Bundestag teil, und besuchte die Plenarsitzungen des Bundestags und des Bundesrats.

Nach meinem Abitur in Heusenstamm bei Frankfurt am Main, Hessen, habe ich Europäische Studien (Politikwissenschaften und EU-Recht) und Fremdsprachen (Englisch und Französisch) studiert. Meinem deutsch-französischen Bachelorstudium folgte ein Masterstudium am Institut für Europäische Studien der Freien Universität Brüssel. Seit 2015 war ich als Referentin und Projektmanagerin im Brüsseler Büro der Europäischen Chemiearbeitgeber zuständig für die Organisation des Sozialen Dialogs, sowie für die Bereiche Beschäftigung, Bildung und Soziales. In dieser Position war ich außerdem verantwortlich für mehrere Sozialpartnerprojekte, u.a. zu den Themen Jugendarbeitslosigkeit, nachhaltige Beschäftigungsstrategien und Digitalisierung der Arbeitswelt. Diese Arbeit war außerordentlich interessant und schulte mich auf dem Brüsseler Parkett. Ich freue mich nun sehr darauf, meine bisherigen beruflichen Erfahrungen auf Brüsseler Ebene für das Land Sachsen-Anhalt einzubringen.

Für alle Fragen und die Zusammenarbeit mit interessierten Kolleginnen und Kollegen aus dem Land stehe ich gerne zur Verfügung und freue mich auf die vielschichtige Arbeit in der Landesvertretung in Brüssel.

Tipp – Europa in der Tasche: Die neue EU-App des Parlaments

Die neue **Mobil-App** vom Europäischen Parlament ist nun zum Download verfügbar. Sie soll die Bürger über die Errungenschaften, laufenden Arbeiten und Zukunftspläne der EU informieren.

Mit Blick auf die bevorstehende Europawahl informiert die neue App alle Nutzer umfassend über konkrete Aktionen der EU. Sie erklärt, was das Europäische Parlament genau tut. Viele anschauliche Beispiele von EU-Initiativen können nach Thema oder Ort gefiltert und deren Fortschritte verfolgt werden. Die Inhalte sind durchsuchbar, teilbar, in bis zu 24 Sprachen verfügbar und können nach persönlichen Vorgaben geordnet werden.



Mit der App können Sie...

- Erfahren, was die EU bereits für Sie getan hat, gerade tut und künftig tun will
- Mehr über Veranstaltungen erfahren
- Mehr über lokale und nationale Initiativen zu 20 verschiedenen Themen erfahren
- Auf Multimedialeinhalte wie Videos, Podcasts und Diashows zugreifen
- Listen durchsuchen und filtern und die Ergebnisse auf einer Karte anzeigen lassen

Die App ermöglicht auch einen einfachen Zugang zu den Informationen auf der Webseite „Was tut die EU für mich?“, die die Auswirkungen der EU auf die Bürger vor Ort in ganz Europa darstellt. • *eag Quelle: PM Europäisches Parlament*

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Der Vorsitz im Rat der Europäischen Union rotiert zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Gemäß einer festgelegten Reihenfolge wechselt der Vorsitz aller 6 Monate. Im ersten Halbjahr 2019 ist nun erstmalig Rumänien an der Reihe. Der Ratsvorsitz muss bestimmte Aufgaben übernehmen. Er leitet und organisiert die Sitzungen und Tagungen, unterstützt Mitgliedsstaaten bei Problemen mit Kompromissvorschlägen und vertritt den Rat im Allgemeinen gegenüber internationalen Organisationen sowie gegenüber Drittstaaten.



- 1.) Welche Länder übernahmen im Jahr 2018 den Ratsvorsitz für den Rat der Europäischen Union?
 - a) Bulgarien und Österreich
 - b) Malta und Estland
 - c) Lettland und Luxemburg



- 2.) Wann übernahm Deutschland zuletzt die Aufgabe der EU-Ratspräsidentschaft?
- a) 2005
 - b) 2007
 - c) 2010
- 3.) Wer oder was ist Călușari?
- a) Der rumänische Name des letzten römischen Statthalters der Provinz Dakien, ein antikes Gebiet, welches ungefähr dem heutigen Rumänien entspricht.
 - b) Die Bezeichnung einer Pferderasse, die hauptsächlich in dem rumänischen Kreis Maramureș einheimisch ist.
 - c) Die Mitglieder eines in Rumänien existierenden brüderlichen Geheimbundes, die einen rituellen Tanz, den „Căluș“ praktizieren.



Antworten:

- 1.) a) Bulgarien und Österreich übernahmen im Jahr 2018 jeweils ein halbes Jahr den Vorsitz des Rates. Für Bulgarien war es der erste Ratsvorsitz seit dem Beitritt des Landes zur EU. Ursprünglich sollte der Vorsitz ein halbes Jahr später erfolgen, doch da das Vereinigte Königreich den EU-Austritt plante, wurde auf die Ratspräsidentschaft von Seiten des Staates verzichtet. Um langfristig planen zu können und um eine Kontinuität zu erhalten, erstellen drei Länder, die nacheinander den Ratsvorsitz wahrnehmen, ein sogenanntes „Achtzehnmonatsprogramm“. Im vorherigen Zyklus arbeiteten Estland, Bulgarien und Österreich zusammen. Mit Beginn des neuen Jahres kommt es zum 9. Staats-Trio, Rumänien arbeitet mit Finnland und Kroatien zusammen. Bei Fragen zu europäischen Strukturen oder allgemein zu Europa wenden Sie sich gern an Europe Direct Sachsen-Anhalt / Halle unter info@europedirect-halle.de.
- 2.) b) Das letzte Mal übernahm Deutschland im Jahr 2007 den Ratsvorsitz. In diesem Jahr wurde das erste Mal ein Trio für den „Achtzehnmonatsplan“ festgelegt, Deutschland, Portugal und Slowenien arbeiteten an einem Plan. Festgelegt wurde die Dreier-Präsidentschaft in der Geschäftsordnung des Rates der Europäischen Union. Dabei wird zusammen mit der Europäischen Kommission und dem Präsidenten des Europäischen Rates ein gemeinsames Programm erstellt. Es gliedert sich in drei Teile: Im ersten Teil werden längerfristige Ziele besprochen die für die drei aufeinanderfolgenden Vorsitze relevant sind, im zweiten Teil findet man eine Auflistung von Prioritäten der drei Vorsitze in jedem Politikbereich, im dritten Teil geht es um bestimmte Themen, die im Zeitraum von 18 Monaten behandelt werden müssen. Im zweiten Halbjahr des Jahres 2020 wird Deutschland erneut die Ratspräsidentschaft übernehmen. Der Präsident des Europäischen Rates ist seit 2014 der polnische Politiker Donald Tusk.
- 3.) c) Die Călușari waren die Mitglieder eines rumänischen brüderlichen Geheimbundes, die den rituellen, akrobatischen Tanz Căluș praktizierten. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts erlebt der Tanz eine Wiederbelebung. Traditionell besteht die Călușarigruppe aus hauptsächlich jungen Singlemännern, die mit ihrem Tanz die Illusion erzeugen, welche sie in der Luft tanzend erscheinen lässt. Der Tanz soll zum einen ein galoppierendes Pferd und zum anderen den Tanz der Feen (zine) symbolisieren. Einigen Wissenschaftlern zufolge soll der Begriff Călușari aus dem rumänischen Wort für „Pferd“ cal (von lat. caballus) entstanden sein. Der Kreis Maramureș ist vor allem bekannt für dessen Holzkirchen, die seit 1999 zum UNESCO Weltkulturerbe gehören. Rumänien befindet sich tatsächlich auf dem Gebiet der antiken Provinz Dakien, welche in den Jahren 102 bis 106 von den Römern erobert wurde. Allerdings hieß der letzte römische Statthalter Dakiens höchstwahrscheinlich Ianuarius. Um noch mehr in die rumänische Kultur oder andere europäischen Kulturen einzutauchen, können Jugendliche im Alter von bis zu 30 Jahren zum Beispiel an internationalen Jugendbegegnungen teilnehmen. Bei Fragen hierzu oder rund ums Thema Wege ins Ausland wenden Sie sich gern an GOEUROPE! unter info@goeurope-lsa.de.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
NN	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (CJ)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...16	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Jann Reinhardt (JR)	Hospitant	...38	E-Mail
Laura Schwarz (LS)	Praktikantin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

